

E-Government Schweiz: neuer Fokus, neue Gesichter

Das neue Jahr hat der Organisation E-Government Schweiz einige Veränderungen gebracht: neue Gesichter im Steuerungsausschuss, das neue Gremium «Planungsausschuss», eine neue Leitung der Geschäftsstelle und ein neues Umsetzungsinstrument, den Schwerpunktplan.



Anna Faoro
Kommunikations-
verantwortliche
E-Government Schweiz
anna.faoro@isb.admin.ch

Per Ende Jahr haben Bund, Kantone und Gemeinden die weiterentwickelte E-Government-Strategie und die überarbeitete Rahmenvereinbarung genehmigt. Wichtigste Neuerungen daran sind erstens die Fokussierung der gemeinsamen Anstrengungen auf eine beschränkte Anzahl strategisch wichtiger Projekte und Leistungen; zweitens die Abgrenzung zwischen strategischer und operativer Steuerung und die damit verbundene Neueinsetzung eines Planungsausschusses aus E-Government-Fachleuten aller Staatsebenen und drittens die durchgängig paritätische Finanzierung des gemeinsamen Schwerpunktplans und der Geschäftsstelle, welche die Umsetzung des Plans koordiniert. (Vgl. Artikel in der eGov Präsenz 2015/II)

Unterstützung von Massnahmenpaketen

Die Ziele der E-Government-Strategie Schweiz werden operativ im Schwerpunktplan verfolgt. Im Rahmen von strategischen Projekten und Leistungen werden hierzu spezifische Massnahmen umgesetzt. Das Budget «Schwerpunktplan» finanziert daher zu meist nicht die Gesamtkosten der Projekte, sondern nur die Kosten derjenigen Massnahmen, die strategisch relevant sind und von der verantwortlichen Organisation aus fachlichen oder finanziellen Gründen nicht umgesetzt werden können. Die Leistungsvereinbarungen für die strategischen Leistungen definieren neben den umzusetzenden Massnahmen einen Grundauftrag, der über das Budget Schwerpunktplan finanziert wird.

Schwerpunkt E-Government-Infrastrukturen

Der Schwerpunktplan von E-Government Schweiz umfasst insgesamt neun strategische Projekte und drei strategische Leistungen. Eine dieser Leistungen ist der «Zugang zu elektronischen Behördenleistungen für die Öffentlichkeit». Dafür ist der Betrieb von Portalen vorgesehen, die Bevölkerung und Wirtschaft einen einfachen Zugang zum bestehenden E-Government-Angebot ermöglichen. Unter den neun strategischen Projekten sind vier, die eine Leistung für die Bevölkerung oder die Wirtschaft aufbauen. Dazu gehören «Vote électronique» und «E-Umzug Schweiz» ebenso wie «E-MWST» und «Aufbau eines Transaktionsportals für die Wirtschaft». Die übrigen fünf Projekte visieren den Aufbau von E-Government-Infrastrukturen. Dazu gehört der Aufbau eines Identitätsverbundes Schweiz (IDV), einer Organisation für die Abwicklung gemeinschaftlicher E-Government-Vorhaben («eOperations»), die Etablierung der elektronischen Identität, die Ausbreitung eines Validators für die elektronische Signatur und Abklärungen zur Etablierung eines universellen Personenidentifikators.

Mit diesem Fokus kann der in Studien verschiedentlich belegte Aufholbedarf der Schweiz im Bereich Basismodule angegangen werden. Zudem folgen die gemeinsamen Anstrengungen von Bund,

Kantonen und Gemeinden dem Subsidiaritätsprinzip: Für die erfolgreiche Etablierung von E-Government-Infrastrukturen ist die schweizweite Koordination besonders elementar. Daher sollen diese unter der Steuerung der gemeinsamen Organisation vorangetrieben werden. Die Einführung elektronischer Behördenleistungen mit geringerem Koordinationsbedarf ist demgegenüber nicht Bestandteil des Schwerpunktplans.

Strategische Projekte:

Als strategisch werden Projekte definiert, die nationale Bedeutung und einen hohen Koordinationsbedarf ausweisen.

Strategische Leistungen:

Strategische Leistungen sind dauerhafte Aufgaben von nationaler Bedeutung, die zur nachhaltigen Ausbreitung von elektronischen Behördenleistungen in Bund, Kantonen und Gemeinden beitragen.

Identitätsverbund Schweiz	Elektronische Identität	eOperations Schweiz
Elektronische Adressänderung	Universeller Personenidentifikator	Validator elektronische Signatur
Elektronisches Wählen und Abstimmen	Transaktionsportal für die Wirtschaft (OSS)	Elektronische Mehrwertssteuerabrechnung
Zugang zu elektronischen Behördenleistungen	Pflege der relevanten Standards	eGov-Ausbreitung in Gemeinden und Kantonen

Themenführer E-Government Schweiz

Auch wenn in der neuen E-Government-Strategie eine Fokussierung vorgesehen ist, bleibt es eine Aufgabe der Geschäftsstelle, die nationalen E-Government-Aktivitäten ausserhalb des Schwerpunktplans und die internationalen Entwicklungen zu beobachten. Dazu dienen ihr Studien, die E-Government-Landkarte Schweiz sowie das neu gegründete Forum der E-Government-Themenführer. So kann die Geschäftsstelle weiterhin einen Überblick über Projekte und umgesetzte Behördenleistungen bieten und das breite Netzwerk der Schweizer E-Government-Akteure pflegen.

Personelle Neuerungen bei E-Government Schweiz

Die Geschäftsstelle E-Government Schweiz steht ab 2016 unter neuer Leitung. Cedric Roy, der zuvor als E-Government-Verantwortlicher des Kantons Wallis tätig war, übernahm die Funktion per Anfang Jahr. Weitere Veränderungen gibt es in der Steuerung von E-Government Schweiz, da die Rahmenvereinbarung 2016–2019 eine neue Aufstellung der Steuerung von E-Government Schweiz festlegt. Ein Planungsausschuss ergänzt und entlastet den Steuerungsausschuss. Der Planungsausschuss verfügt über Entscheidungskompetenz auf operativer Ebene. Er ist verantwortlich für die Definition des Schwerpunktplans sowie das operative Controlling

und Risikomanagement der strategischen Projekte und Leistungen. Der Steuerungsausschuss, der weiterhin politisch zusammengesetzt ist, zeichnet verantwortlich für die strategischen Entscheide, wie die Verabschiedung des Schwerpunktplans, des Budgets oder des Geschäftsberichts.

Der Steuerungsausschuss E-Government Schweiz ist ab 2016 zusammengesetzt wie folgt:

- Bundesrat Ueli Maurer, Vorsteher Eidgenössisches Finanzdepartement, Vorsitz
- Staatssekretärin für Wirtschaft, Maire-Gabrielle Ineichen-Fleisch, Staatssekretariat für Wirtschaft
- Bundeskanzler Walter Thurnherr, Bundeskanzlei
- Staatsrat Pierre Maudet, Kanton Genf
- Regierungsrat Marcel Schwerzmann, Kanton Luzern
- Staatsschreiber Rainer Gonzenbach, Kanton Thurgau
- Stadtpräsident Michael Künzle, Stadt Winterthur, ZH
- Gemeindepräsident Beat Tinner, Gemeinde Wartau, SG
- Peter Bernasconi, Vorstandsmitglied Schweizerischer Gemeindeverband

Damit nehmen ab 2016 drei neue Vertreterinnen und Vertreter Einsitz im Steuerungsgremium. Der neue Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartements Bundesrat Ueli Maurer hat den Vorsitz von seiner Vorgängerin Eveline Widmer-Schlumpf übernommen. Die Staatssekretärin für Wirtschaft, Marie-Gabrielle Ineichen-Fleisch, vertritt neu anstelle von Bundesrat Johann Schneider-Ammann das Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung. Der Ende 2015 gewählte Bundeskanzler Walter Thurnherr folgt auf Corina Casanova. Die Kantone zählen mit dem Genfer Regierungsrat ebenfalls einen neuen Vertreter in ihren Reihen. Staatsrat Pierre Maudet folgt auf den Jurassier Regierungsrat Philippe Receveur, der 2016 von seinem Amt zurücktritt.

Der Planungsausschuss setzt sich aus je drei E-Government-Fachleuten aller Staatsebenen zusammen. Neben den ständigen Vertretern delegiert jede Staatsebene zwei permanente Stellvertreter:

- Daniel Gruber, Vizedirektor Bundesamt für Justiz
- Caroline Kuyper, Stellvertretende Direktorin Bundesamt für Statistik
- E-Government-Koordinator/in des Bundes, Informatiksteuerungsorgan des Bundes (vakant)
- Sabine Brenner, Koordinatorin Informationsgesellschaft, Bundesamt für Kommunikation, permanente Stellvertreterin
- Matthias Brüllmann, Fachberater E-Government (BK), permanenter Stellvertreter
- Peppino Giarritta, Leiter Stabsstelle E-Government, Kanton Zürich
- Stéphane Schwab, Responsable du secrétariat de cyberadministration du Canton de Fribourg
- Silvano Petrini, Capo del Centro sistemi informativi, Cantone Ticino
- Philippe Hatt, Delegierter für die Informatikstrategie, Kanton Wallis, permanenter Stellvertreter
- Marlies Pfister, Leiterin Fachstelle E-Government, Kanton Aargau, permanente Stellvertreterin
- Roland Brechbühl, Programmleiter E-Government der Stadt Bern
- Dominique Dafflon, Syndic de la commune de St-Barthélemy
- Ivo Toman, Geschäftsführer E-Government Kanton St.Gallen und St.Galler Gemeinden
- Alex Bukowiecki, Schweizerischer Städteverband, permanenter Stellvertreter
- Michael Keller, E-Government-Verantwortlicher der Stadt Zürich, permanenter Stellvertreter

Daniel Gruber, Philippe Hatt und Silvano Petrini waren bereits Mitglieder des Expertenrates E-Government Schweiz. Daniel Gruber war ausserdem zusammen mit Matthias Brüllmann und Ivo Toman engagiert in der interföderalen Arbeitsgruppe des Projekts «E-Government Schweiz ab 2016.» Auch die übrigen Mitglieder des Planungsausschusses verfügen über breite Erfahrung in der lokalen, überregionalen und nationalen Ausbreitung von E-Government.

Wirkungsvolle Steuerung und Umsetzung

Die weiterentwickelte E-Government-Strategie zielt insbesondere darauf, die gemeinsamen Anstrengungen wirkungsvoller zu steuern. Die Konzentration auf wenige Projekte und Leistungen, die über Leistungsvereinbarungen geführt werden, die enge Begleitung der Umsetzung durch die Geschäftsstelle und das Controlling durch den Planungsausschuss sind dabei zentrale Elemente. Bund, Kantone und Gemeinden arbeiten gemeinsam auf eine nachhaltige Etablierung von E-Government in der Schweiz hin, damit sowohl für Nutzerinnen und Nutzer als auch für die Behörden das strategische Leitbild, elektronische Behördenleistungen als Selbstverständlichkeit zu etablieren, in naher Zukunft Realität wird.